

Der Vorsitzende begrüßte die Vertreter der Firma Rödl & Partner, Herrn Seitz und Herrn Röben, und übergab ihnen das Wort.

Herr Röben berichtete über die Organisationsuntersuchung zu den „Hilfen zur Erziehung“ im Jugendamt anhand der der Niederschrift beigefügten Präsentation.

Abg. Becker bat um nähere Erläuterung der Folie 4.

Herr Röben wies darauf hin, dass man nicht den gesamten Entwicklungspotentialkatalog vorstellen könne, sondern lediglich einen Auszug aus der Arbeitssequenz dargestellt und die Befundlage verdeutlicht habe. Die Entwicklungspotentiale seien das Arbeitsergebnis, auf deren Basis in Optimierungsworkshops prozessbezogen zugehörige Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet worden seien, um daraus letztlich Handlungsempfehlungen entwickeln zu können. Die Entwicklungspotentiale/ Schwachstellen seien aufgenommen und mit den Mitarbeitern gemeinsam geclustert worden. Das bedeute, dass Entwicklungspotenziale gemeinsam mit den Mitarbeitern am Ende jeder Analyseworkshopsequenz durchgegangen, auf inhaltliche Richtigkeit geprüft und Kategorien (Ursachen und Auswirkungen) zugeordnet worden seien. Hierbei hätten einem Entwicklungspotenzial mehrere Kategorien, z.B. „Standards und Verfahrensvorgaben“ sowie „Führungssystem“ zugeordnet werden können, um das Entwicklungspotenzial thematisch einzubetten. Dies sei ein Arbeitsmittel, um nach der Prozessanalyse Zwischenergebnisse zu erarbeiten.

SkB Pagels fragte zu dem Optimierungspotenzial auf Folie 7, von welchem Personalpotential ausgegangen worden sei und ob man auch berücksichtigt habe, dass Neulinge oder Quereinsteiger eingesetzt würden oder ob man von 100 % voll ausgebildeten aktiven Mitarbeitern ausgegangen sei.

Herr Röben führte aus, dass dies auch in einem gewissen Umfang in den Maßnahmen (durch deren Stoßrichtung, z.B. Wissensmanagement, Qualitätsentwicklung) berücksichtigt worden sei. Die Potentiale seien zu realisieren, wenn die Organisation schon entwickelt sei. Die Potentiale wüchsen auf und seien nicht von heute auf morgen zu realisieren.

SkB Neuhoff äußerte, sie gehe davon aus, dass im Wesentlichen die Mitarbeiter heute schon ihre Entscheidungen durchaus auch reflektiert und kostenbewusst trafen. Angesichts dessen fragte sie, ob es auch Empfehlungen bezüglich der Personalentwicklung und der Qualifizierung des vorhandenen Personals und nicht nur hinsichtlich der Organisationsentwicklung gebe.

Herr Röben bestätigte, dass dies eine zentrale Frage sei und sich die Qualität des Jugendamtes an den Mitarbeitern bemesse. Der Schwerpunkt liege in der Fortführung der Qualitätsentwicklung, die prozessseitig stattfinden müsse. So seien auch die Fallakten angeschaut worden, um zu sehen, was sich aus der Dokumentation ableiten lassen könne und wo es handwerkliches Nachbesserungspotential gebe.

Abg. Seelbach fragte, ob es in der Ausweitung der Unterbringung in Pflegefamilien Erfahrungen gebe, wie man diese Pflegefamilien finde und ob es sich um eine rein hypothetische Annahme handle, dass man mit mehr Pflegefamilienunterbringungen auch mehr Kosten sparen könne. Des Weiteren bat er um Mitteilung, ob zu den inhaltlichen Fragen das Thema auch noch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde.

Herr Röben führte aus, dass Pflegefamilien i.d.R. sehr gut miteinander vernetzt seien, weshalb sich das Engagement des Jugendamtes in der Akquise und Betreuung (z.B. durch kurze

Responsezeiten bei Fragen/ Problemen oder Veranstaltungen, bei denen Pflegefamilien auf interessierte Familien treffen) i.d.R. positiv auf den Anteil von Pflegeverhältnissen auswirke. Ein im Sozialraum sehr präsentes Jugendamt könne hier viel bewirken. Es müsse ein einheitliches Konzept erstellt und dabei Schwachstellen und Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt werden.

Es sei Fakt, dass Unterbringungen in Pflegefamilien gegenüber Heimeinrichtungen deutlich günstiger seien.

LR Schuster bestätigte, dass das Gutachten selbstverständlich auch im Jugendhilfeausschuss beraten werde.

SkB Kirli fragte bezüglich der Präventionsmaßnahmen, die zu einer Reduzierung der stationären Unterbringung führen, ob sich dies auf einzelne Maßnahmen zurückführen lasse und es hierzu konkretere Zahlen zu den einzelnen Maßnahmen gebe.

Herr Röben verwies darauf, dass er hier nur ein Extrakt aus der sehr umfassenden Management Summary vorstellen würde. Dort fände sich ein umfassender Maßnahmenkatalog nebst einer Bezifferung des Potentials.

Abg. Becker bedankte sich für den Vortrag. Er sehe dies als Einführung, um in den Fraktionen darüber zu beraten und im Jugendhilfeausschuss und Personalausschuss darauf zurück kommen zu können. Zu Beginn des Vortrages seien die Kosten pro Jugendeinwohner des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Bund und Land verglichen und als im Rhein-Sieg-Kreis höher ermittelt worden. Er bat insoweit um Erläuterung, woran das liege.

Herr Röben stellte dar, dass die Hilfedichte, also das Fallaufkommen pro Jugendeinwohner, im Rhein-Sieg-Kreis gar nicht so exorbitant hoch sei. In den einzelnen Fallsettings habe sich jedoch gezeigt, dass es bei den Kosten pro Fall in den kostenintensiven Hilfen tatsächlich einen Ausschlag nach oben gebe.

Es gebe aber auch Fälle, bei denen man keinen Steuerungseinfluss habe. Man müsse sich ganz genau die Laufzeiten und Verläufe der Fälle ansehen.

Abg. Becker fragte, ob Vergleichszahlen aus anderen vergleichbaren Kommunen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Röben wies darauf hin, dass seitens Rödl & Partner solche Vergleiche mit ähnlichen Gebietskörperschaften gezogen würden, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. Eine Weitergabe der Daten müsse aber dann bei den einzelnen Mandaten abgefragt werden.

Abg. Hoffmeister ging davon aus, dass insgesamt der Punkt der Ergebnispräsentation erreicht worden und die eigentliche Begleitung zu Ende sei. Er gebe drei Dinge zu bedenken. Zum einen fände er gut, wenn eine Gewichtung nachvollziehbar wäre. Das Cluster würde hier die Wichtung darstellen. Es wäre wichtig zu wissen, wie gewichtet worden sei und ob die Mitarbeiter in der Lage gewesen seien, zu sagen, was ihnen wichtig sei. Diese Aussagen seien dann entsprechend einzuordnen. Zum anderen wisse er gerne, ob ein Tool hierfür verwendet worden sei. Drittens könne eine Mehrdimensionalität erzielt werden, wenn man wisse, was wichtig ist. Er würde gerne nachvollziehen können, was welchen Aufwand erfordere, was eine hohe Wirkung erziele und was den Menschen wichtig sei.

Herr Röben bestätigte, dass ein transparentes Verfahren ganz wichtig sei. Die Priorisierung der Maßnahmen finde am Ende statt und sei im Interesse der Mitarbeiter im Jugendamt. Es gehe um Verbindlichkeiten im Verfahren und um Handlungssicherheit in Bezug auf die Verantwortung,

die ein Mitarbeiter trage. Maßnahmen, die haushaltswirksam seien, hätten natürlich eine gewisse Priorität. Zur Entwicklung der Themen habe es auch ein Führungskräftemeeting gegeben.

Abg. Hoffmeister fasste zusammen, dass die Gewichtung aus der Erfahrung heraus und weniger aus der Befragung der Mitarbeiter vorgenommen worden sei.

LR Schuster wies darauf hin, dass die Verwaltung den ausführlichen Untersuchungsbericht, die sogenannte „Management Summary“, im Nachgang nicht-öffentlich zur Verfügung stellen werde.

Abg. Steiner zeigte sich dankbar, dass auch noch der weitere Bericht zur Verfügung gestellt werde und danach dann noch weitere Fragen geklärt werden könnten und ein vertiefender Blick auf die Belastung und Auslastung bzw. Überlastung der Mitarbeiter gerichtet werden könne.

Ltd. KVD'in Udelhoven erläuterte, dass die Verwaltung sich nunmehr intensiv mit den Empfehlungen des Gutachtens auseinandersetzen und prüfen werde, was man davon umsetzen könne. Hierzu werde die Verwaltung im nächsten Personalausschuss Stellung nehmen.

SkB Pagels fragte, ob auch darüber nachgedacht worden sei, wie das Ergebnis aussehen würde, wenn es für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis wieder nur ein Kreisjugendamt geben würde. Weiterhin, ob auch daran gedacht worden sei, das Ergebnis den Jugendämtern in den Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Ltd. KVD'in Udelhoven wies darauf hin, dass es sich hier um eine spezifische Untersuchung der Arbeit und der Bereiche des Rhein-Sieg-Kreises handele und dies daher nicht vorgesehen sei.

Herr Röben führte aus, dass die Frage eines einheitlichen Jugendamtes am Rande mit betrachtet worden sei. Das gesamte Kreisgebiet beinhalte aber verhältnismäßig große Unterschiede in den sozialräumlichen Strukturen. Dem werde mit der jetzigen JHZ-Aufteilung gut Rechnung getragen.

Abg. Krupp hielt fest, dass diese Darstellung niemanden überrascht haben werde, da diese Themen ja auch schon länger bekannt seien. Es sei wichtig, dass auch der Fachausschuss mit diesem schwierigen Thema befasst werde und einen kritischen Blick darauf werfe. Man müsse dann sehen, was realisierbar sei.

Der Vorsitzende beendete diesen Tagesordnungspunkt, da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen und der Ausschuss nahm diesen so zur Kenntnis.